

Plädoyer für eine Einwanderungspolitik

E.F. FRANKFURT, 25. November. Sechzig deutsche Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen wollen mit einem „Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung“ eine „Generaldebatte über die Zukunft von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Kultur in Deutschland“ anstoßen. Der Herausgeber des Manifests, der Osnabrücker Migrationsforscher Bade, wirft der Politik im Hinblick auf das Einwanderungsproblem ein „Versteckspiel mit der Wirklichkeit“ vor. Die achtziger Jahre seien für die Migrationspolitik ein verlorenes Jahrzehnt gewesen. Die Wissenschaftler fordern, die Einwanderung nach klar definierten Konzepten, Kontingenten und Quoten zu steuern. Das Thema Einwanderung müsse in der politischen Debatte klar getrennt werden von der Asyl- und Flüchtlingsproblematik. Hier gehe es um humanitäre Aufgaben, bei der Einwanderung aber müßten die Interessen des Aufnahmelandes im Vordergrund stehen.

In dem Manifest wird davor gewarnt, die Einwanderungsdebatte aus Angst vor politischem Radikalismus zu vertagen. Fremdenfeindliche Haltungen in Deutschland seien „nicht zuletzt eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik“. Die Diskussion darüber werde erschwert durch „politische Versäumnisse, unausgetragene Konflikte, verkrampte Positionen und das mangelnde, bestenfalls in wechselseitiger Schuldzuschreibung akzeptierte Eingeständnis verlorener Handlungschancen im vergangenen Jahrzehnt und früher“. Um der Sicherung des sozialen Friedens willen müßten dennoch konsensfähige Perspektiven gefunden werden. „Nötig dazu ist eine De-Eskalation der hoch emotionalisierten deutschen Migrationsdiskussion und die Bereitschaft zum pragmatischen Dialog“, heißt es in dem Manifest, das in diesen Tagen im Beck-Verlag erscheinen wird.